

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 31. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016**

**am Donnerstag, den 29.01.2015.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr                      Sitzungsende: 21:00 Uhr**

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl

**SPD-Fraktion**

Kurt Barth (Vorsitzender), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Reinhard Ahrens, Frank Nowak

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

**Entschuldigt:**

**Von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzender)

**FDP-Fraktion**

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Frank Dieffenbach, Andreas Tauche

**Entschuldigt fehlten:**

Thomas Nuhn (I. Beigeordneter), Elisabeth Wege, Reinhard Karber, Helmut Wenz, Reiner Sauer, Alexander Steiß, Helge Fuhr

**Schriftführer:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3. Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2014 auf Durchführung einer  
Organisationsuntersuchung;  
11/27/2014/11-16**

4. **Haushaltssatzung 2015 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept**  
20/22/2014/11-16
5. **Anfragen**
6. **Verschiedenes**

### **Tagesordnung:**

#### **1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Eidam, die Schriftführerin, die Vertreter der Presse sowie eine Zuschauerin.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 21 anwesend, sodass das Gremium beschlussfähig sei.

Er gratulierte den Mandatsträgern, Dr. Christian Dittrich, Hans-Jakob Heuser, Helmut Paulsen, Matthias Happel und Elisabeth Wege nachträglich zum Geburtstag und wünschte alles Gute.

Der Vorsitzende verwies auf eine Tischvorlage, die eine Veränderung des Haushaltssicherungskonzeptes beinhalte unter Punkt 4b.

#### **2. Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters**

1. Beschluss über die Aufstellung des Jahresabschlusses 2009.
2. Beschluss über die Aufstellung der gemeindlichen Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2010-2012.
3. Beschluss, den Auftrag für die Durchführung der Bauleitplanung "Am roten Weg", 2. Bauabschnitt, gemäß dem Angebot zu erteilen. Die Finanzierung der Maßnahme erfolge über die Hess. Landgesellschaft als Verfahrensträger.
4. Bürgermeister Eidam gab bekannt, dass die geprüfte Eröffnungsbilanz für das Jahr 2009 vorliege und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen sei.
5. Die Revision prüfe derzeit den Jahresabschluss 2009. Sobald das Prüfungsergebnis vorliege, werde er die Fraktionen und den Gemeindevorstand informieren.
6. Eine Bestandsaufnahme zur künftigen Benutzung der Bürgerhäuser sei soweit erstellt. Es werden nun die ersten Termine mit den Ortsbeiräten in den Ortsteilen zur Vorstellung und Besprechung vereinbart.
7. Teile der Kreistagsfraktionen von CDU und SPD sowie der I. Kreisbeigeordnete, Herr Marian Zachow, seien in der Verwaltung gewesen, um sich über das Thema Bürgerbus zu informieren. In diesem Zusammenhang, so Bürgermeister Eidam, sei auch über die Anschaffung eines Elektromobils diskutiert worden.
8. Das neue Kindergartengebäude für die U3-Betreuung sei fristgerecht fertig gestellt worden, die Betriebserlaubnis sei erteilt und zum 12.01.2015 die

ersten Kinder dort gewesen. Die offizielle Einweihung solle am 22.02.2015 um 14:00 Uhr erfolgen.

9. Auf die Ausschreibung der Koordinatorenstelle zu dem Projekt „Älter werden in der Gemeinde Weimar (Lahn)“ seien bisher zehn Bewerbungen eingegangen. Die Bewerbungsfrist ende am 31.01.2015.
10. Zu dem Thema „Hochwasserschutz“ gebe es eine Rückmeldung des Landkreises, wie weiter vorgegangen werden soll.
11. Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) nahm Bezug auf die Mitteilungen des Bürgermeisters zum Bürgerbus und fragte, ob von Seiten des Kreises (ÖPNV) eine Zuschussfinanzierung erfolge, worauf Bürgermeister Eidam erklärte, dass dies in zukünftigen Gesprächen thematisiert und konkretisiert werden müsse.

### 3. **Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2014 auf Durchführung einer Organisationsuntersuchung;**

Drucksache: 11/27/2014/11-16

Es berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. Dittrich.

In der Ausschusssitzung habe Herr Koch von dem Büro CCE-Consult die angebotene Organisationsuntersuchung im Verlauf dargestellt und gehe von einem zielorientierten Vorgehen aus, das sich in drei Abschnitten darstelle. Der erste Abschnitt beinhalte vier Workshops, der realistische Ziele erarbeiten und für die Gemeinde festlegen solle. In einem zweiten Schritt solle die gesamte Gemeinde sowie die Organisation der Gemeinde untersucht werden im Hinblick auf die vereinbarten unveränderbaren Ziele. Eine weitere Gruppe solle sich mit den erheblichen Widerständen, eine dritte mit geringeren Widerständen und eine letzte Gruppe mit Zielen auseinandersetzen, bei denen es keine Widerstände gebe.

Der dritte Abschnitt beinhalte die Umsetzung der gefundenen Veränderungsmöglichkeiten. Diesbezüglich erfolge dann wiederum eine Begleitung durch das beauftragte Büro.

Die Kosten für die ersten beiden Abschnitte betragen nach Aussage des Büros ca. 6.000,00 € + Mehrwertsteuer je Modul. Der dritte Abschnitt könne etwas teurer werden, so die Aussage des Büros. Hinsichtlich der Dauer habe der Vertreter des Büros ca. neun bis zwölf Monate geschätzt. Wenn der Auftrag erteilt würde, könne mit den Arbeiten etwa im März begonnen werden.

Dieser Vortrag habe den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss in allen Punkten überzeugt. Der Ausschuss empfehle daher, der Gemeindevertretung zu empfehlen, den Gemeindevorstand mit der Auftragserteilung zur Organisationsuntersuchung an das Büro CCE-Consult, Hünfeld, zu beauftragen.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Durchführung einer Organisationsuntersuchung und beauftragt den Gemeindevorstand, das Büro CCE-Consult, Hünfeld mit der Durchführung der Organisationsuntersuchung zu beauftragen.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 1 Gegenstimme 1 Stimmenthaltung

### 4. **Haushaltssatzung 2015 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept**

Drucksache: 20/22/2014/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. Dittrich.

Der Haushalt, so Dr. Christian Dittrich, sei in all seinen Teilen diskutiert worden. Es habe einige Einwendungen und Nachfragen gegeben, die aber zu einem großen Teil direkt beantwortet und geklärt werden konnten. Die nicht geklärten Fragen seien schriftlich per Mail beantwortet worden.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beschlussfassung der vorliegenden Haushaltssatzung 2015 mit seinen Anlagen Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept.

Es folgten sodann die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen.

Herr Jürgen Rabenau (SPD) erklärte für seine Fraktion, dass er zunächst damit gerechnet hatte, dass der Haushaltsentwurf wiederum für seine Fraktion in größeren Bereichen inakzeptabel sei. Seine Fraktion habe jedoch feststellen müssen, dass die in den letzten Jahren mehrheitlich und zum Teil erheblichen Veränderungen im aktuellen Entwurf schwerpunktmäßig abgebildet seien.

Natürlich wisse man, dass die Entscheidungsspielräume durch harte, vorgegebene Fakten eingeschränkt seien. Umso positiver werte er daher die Fokussierung auf Schwerpunkte der vergangenen beiden Jahre.

Zu den harten Fakten zähle er die Maßnahmen der Landesregierung, die Kommunen durch Anhebung der Grundsteuern zum Defizitabbau zwingen. Für seine Fraktion sei es merkwürdig, dass man den defizitären Kommunen mangelnde Kreativität bei den Maßnahmen zum Abbau des Defizits vorwerfe, wo man gerade die von den Aufsichtsbehörden geforderte Kreativität dort komplett vermisste. Seine Fraktion könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Verantwortlichen in der Landeshauptstadt komplett die Bodenhaftung verloren hätten.

Die Gemeinde müsse nun diese Kröte schlucken, da die Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuern A und B auf 420% die Gemeinde vor weiteren Anpassungen bis 2018 schütze. Selbst, wenn der angestrebte Haushaltsausgleich gelingen sollte, sei seine Fraktion skeptisch, dass man im Jahre 2018 über eine Senkung der Hebesätze diskutieren könne.

Die Bürger müssten diese jährliche Mehrbelastung von bis zu 108,00 € schultern und hätten dadurch keinen direkten Mehrwert, da diese Maßnahme ausschließlich der Reduzierung des Defizits diene. Es sei für ihn umso wichtiger, die Investitionen und Maßnahmen der kommenden Jahre ziel- und ergebnisorientiert zu planen und umzusetzen.

So gehe seine Fraktion davon aus, dass die von der CDU-Fraktion beantragte Organisationsuntersuchung der kommunalen Strukturen die Möglichkeit eröffne, diese Prozesse, auch im Sinne der Bürger, maßgeblich mitzugestalten. Seine Fraktion habe die Methodik des Beratungsunternehmens überzeugt. Kritiker würden sicherlich auf die Kosten und den Sinn dieser Organisationsuntersuchung hinweisen, jedoch möchte er an dieser Stelle auf die kläglichen gescheiterten Versuche „AG 2020“ und „AG Haushaltskonsolidierung“ erinnern.

Wenn nach Abschluss der Untersuchung die gemeindlichen Ziele definiert seien, könne man mit seiner Fraktion auch gerne über den Weg, sprich über die Maßnahmen zur Zielerreichung diskutieren. Sicher sei jedoch auch, dass die erzwungene Steueranpassung die Erwartungshaltung für das Ergebnis der

Organisationsuntersuchung präge, denn auch auf der Ausgabenseite bestehe Handlungsbedarf.

Eine weitere große Baustelle für 2015 sei die nachhaltige Lösung für die defizitären Bürgerhäuser. Es gelte hier, die Bürger miteinzubeziehen und diese Liegenschaften nicht nur durch die wirtschaftliche Brille zu betrachten und den sozialen Aspekt zu vernachlässigen. Dies dürfe nicht, wie in Nachbarkommunen geschehen, in der Gemeinde Weimar eintreten. Weiterhin konsequent verfolgt werden müssten natürlich auch die größeren Investitionen, wie die grundhafte Erneuerung der Gemeindestraßen, der Hochwasserschutz und die Umstellung der Straßenbeleuchtung.

Seine Fraktion bemängelte nach wie vor die fehlende Transparenz bei den Haushaltsberatungen. Das gelte für die Haushaltsreste-Liste, gleich, ob sie in der Doppik statthaft oder nicht statthaft sei. Ganze Positionen, welche nach 2014 übertragen wurden und zu welchen im gleichen Jahr keine Umsetzung erfolgte, fehlten im Übertag 2015 völlig. Beispielhaft führe er hier die dringend notwendige Sanierung der Heizungsanlage im Bürgerhaus Wenkbach an. Mangelnde Transparenz seien für ihn auch die Daten des Haushaltes, die mit spärlichen Informationen versehen seien. Hierdurch könnte die Transparenz für die Gemeindevertreter deutlich erhöht werden und gleichzeitig der Sachbearbeiter von der Berichterstattung auf Basis von Nachfragen befreien.

Zu dem Entwurf des vorliegenden Haushaltssicherungskonzeptes, das primär von den Aufsichtsbehörden gefordert werde, trage mit seinen Aussagen und Aufstellungen auch erheblich zum Verständnis und zur Transparenz für die Gemeindevertreter bei. Hierbei falle auf, dass bei den durchzuführenden Maßnahmenprüfungen Punkte bereits seit Jahren fortgeschrieben werden. Sicherlich gebe es Punkte, die einer kontinuierlichen Prüfung unterzogen werden müssten, aber es erschienen Maßnahmen, welche bereits umgesetzt oder in der Umsetzung seien. Diese gehörten nach seiner Meinung entfernt. Andere Maßnahmenprüfungen gehörten mit einem Zieltermin versorgt und das Ergebnis sei dem Entscheidungsgremium zur Prüfung vorzulegen.

Die SPD-Fraktion werde dem vorliegenden Haushaltsentwurf mit einigen Anpassungen aus dem noch vorzustellenden gemeinsamen Antrag FBW, FDP und SPD zustimmen.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) bedankte sich zunächst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die umfangreichen Arbeiten, die zur Erstellung des Haushaltsentwurfes notwendig waren. Der vorliegende Entwurf weise einen Fehlbetrag von 305.810,00 € aus. Die Beratungen im Ausschuss seien sehr zügig vonstatten gegangen und es habe praktisch keine Fragen zu dem Zahlenwerk gegeben, über die man hätte diskutieren müssen. Dies sei größtenteils der Tatsache geschuldet, dass es sich um eine Fortschreibung zu dem Haushalt 2014 handle und daran, dass es nur einen sehr eingeschränkten Spielraum gebe vor dem Hintergrund der notwendigen Konsolidierung, die nun schon bis zum Jahre 2017 erreicht werden müsse. Die vielen Punkte, die den Haushalt belasten und die Handlungsspielräume scheinbar unmöglich machen, wolle er jedoch an dieser Stelle nicht wieder aufgreifen.

Auf der Einnahmeseite ergebe sich die Notwendigkeit der Erhöhung der Grundsteuer, die die Kommunalaufsicht fordere und natürlich eine Belastung aller Bürger darstelle. Die zentrale Frage seiner Fraktion im Rahmen der Konsolidierung müsse jedoch sein, wie könnten Kosten minimiert werden und wo die Einsparpotentiale lägen.

Bei den Haushaltsberatungen für 2014 habe seine Fraktion klar nachvollziehbare

Daten und Fakten zur besseren Bewertung der Leistungen, auch im Hinblick auf die Kalkulation von Gebührensätzen gefordert. Ebenso die Überprüfung von freiwilligen Leistungen vor einem sozialverträglichen Hintergrund und die effiziente Vermarktung von Wohn- und Gewerbebauflächen, wobei hier bereits Teilerfolge festzustellen seien. Auch die Forderungen nach Intensivierung der Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen und entsprechender Zeitgeist und unternehmerischem Denken bei der Aufstellung des Haushaltes sei gefordert. Seine Fraktion sei jedoch positiv gestimmt über die Annahme des Antrages zur Organisationsuntersuchung und dessen geplante Umsetzung. Denn hier erwarte seine Fraktion das Aufdecken von Potentialen und Ansätze zur Umsetzung von Maßnahmen. Natürlich sei hierbei die Mitarbeit aller gefordert. Seine Fraktion sehe bei der erfolgreichen Durchführung einer solchen Untersuchung und Umsetzung der daraus resultierenden Ergebnisse eine riesige Chance, die Gemeinde zukunftsfähig auszurichten. Die Bestandsaufnahme hinsichtlich der Bürgerhäuser liege vor und natürlich gelte auch hier, sich klug auf zukünftige Entwicklungen auszurichten. Das gelte natürlich nicht nur für die Gemeinschaftshäuser sondern auch die Feuerwehrgerätehäuser, die häufig baulich als Einheit mit den Bürgerhäusern verbunden sind. Seine Fraktion sehe bei der Betrachtung dieser Thematik nicht nur Kosten, sondern auch soziale Gesichtspunkte. Das bedeute viel Arbeit für alle. Betrachte man zu dem Ausgeführten auch den Vorteil der geographischen Lage der Gemeinde Weimar mit der Stadtnähe und der guten Infrastruktur, so seien das Ausgangspositionen, mit denen viel erreicht werden könne. Seine Fraktion werde dem Haushaltsentwurf mit seinen Anlagen in der vorliegenden Fassung zustimmen, ebenso den angekündigten Veränderungen im Haushaltssicherungskonzept.

Herr Frank Nowak (Bündnis 90/Die Grünen) stellte für seine Fraktion fest, dass die Haushaltslage, wie in anderen Kommunen, angespannt und weiterhin defizitär sei, trotz Sparbemühungen.

Es bleibe die Feststellung, dass die Gemeinde in den nächsten Jahren nur noch die wichtigsten Aufgaben wahrnehmen könne. Seine Fraktion meine, dass die Priorität auf ein sinnvolles und nachhaltiges Handeln gelegt werden müsse, denn 90% der Bewohner beurteilen den Begriff „Nachhaltigkeit“ gut und sinnvoll. Die Bewohner der Gemeinde erwarten, dass politische Entscheidungen es ihnen ermöglichen, den Alltag so zu bewältigen, dass sie, ihre Kinder und Enkelkinder gut leben können.

Dennoch hätten die Grundsteuern angehoben werden müssen, was zwangsläufig zu einer erneuten Belastung führe. Für 2015 seien zahlreiche Investitionen wie Straßensanierung, Hochwasserschutz sowie die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED geplant. Andere wichtige Entscheidungen seien getroffen worden. So auch die Entscheidung, in Niederweimar, eine weitere U3-Betreuung inklusive eines Neubaus einzurichten.

Seine Fraktion glaube, dass dies der falsche Weg sei. Die U3-Betreuung in den Ortsteilen werde aufgelöst und die Betreuung werde von Niederweimar übernommen, was bedeute, dass die Eltern in den Dörfern mit zusätzlichen Fahrten belastet würden. Ebenso kämen nunmehr auf die Gemeinde zusätzliche Kosten in Höhe von 300.000,00 € zu. Diese Kosten müssten weitergegeben werden an die künftigen Bewohner unserer Gemeinde, an Kinder und Enkelkinder, da die Gemeinde nicht in der Lage sei, diese Kosten zu tragen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich weiterhin für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Wichtig sei der Erhalt der öffentlichen und

gemeinnützigen Infrastruktur, die Verkehrsanbindungen, Kindergärten, Stärkung der bäuerlichen Strukturen und der lokalen Gewerbebetriebe.

Herr Hans-Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) führte aus, dass die Haushaltsrede der SPD-Fraktion eigentlich bereits beinhaltet, was es zu bemängeln, aber auch zu loben gebe.

Vorab kündigte er bereits an, dass seine Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf mit den dazugehörigen Anlagen samt den Inhalten des angekündigten Änderungsantrages zum Konsolidierungskonzept zustimmen werde.

So trage seine Fraktion auch die Erhöhung der Personalkosten mit, die der Entscheidung zu den verlängerten Öffnungszeiten und der erweiterten U3-Betreuung geschuldet sei. Unverständnis zeige er hier für die Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die die U3-Betreuung in dieser Form in Frage stellte, denn die vorliegenden Anmeldezahlen zeigten, dass ein entsprechender Bedarf vorhanden sei.

Im Großen und Ganzen seien die Schwerpunkte des Haushaltes von 2014 nach 2015 übertragen worden. Die Stellenbesetzungssperre habe gegriffen, teilweise frei gewordene Stellen wurden nicht wieder besetzt.

Der Haushaltsentwurf enthalte Kosten für die Straßensanierung. Bei der Straßenbeleuchtung seien erste Erfolge durch Kostensenkungen festzustellen. Auch der Hochwasserschutz sei weiterhin dominantes Thema im Haushaltsentwurf.

Problematisch sehe er die Eingriffe der Aufsicht in die Selbstverwaltung der Kommune. Auch der Hintergrund der verpflichteten Grundsteuererhöhung, nämlich die defizitäre Lage und der angestrebte Ausgleich, könne nicht eine ausschließliche Berechtigung hierzu sein.

Sein Appell gehe in Richtung zukünftiger Haushalt und darauf, dass man auch die Ausgabenseite nicht außer Acht lassen dürfe.

Erwähnenswert an dieser Stelle finde er die sehr gute Zusammenarbeit im Vorfeld zu den Haushaltsberatungen. Es wären nur wenige Fragen offen geblieben, die dann noch geklärt werden konnten. Besonders angenehm habe er den kollegialen Umgang miteinander empfunden.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) stellte klar, dass seine Fraktion nicht gegen eine Erweiterung der U3-Betreuung gewesen sei. Anliegen war, so Herr Ahrens, die vorhandenen Kapazitäten in den bestehenden Kindergärten zu nutzen und eine Lösung zu finden für eine dezentrale Unterbringung. Die politische Mehrheit habe die seiner Meinung nach teurere Lösung gewählt. Natürlich habe es das Bonbon der Förderung gegeben, aber hieraus müsse nicht zwingend eine Annahme der Förderung resultieren. Für seine Fraktion wäre hier eine bedächtigere Vorgehensweise und Haushaltsführung sinnvoller gewesen.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) legte einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von FBW, FDP und SPD zum Haushaltsentwurf 2015 vor: Die Fraktionen stellten den Antrag, vor der Beschlussfassung über den Haushalt 2015 folgende Änderungen vorzunehmen:

- 1. Im Bereich des **Stellenplans** wird die Festlegung einer Stellenbesetzungssperre beantragt. Davon ausgenommen werden soll der Bereich Kinderbetreuung, da es hier bekanntermaßen zu zahlreichen und teilweise monatlich erfolgenden Anpassungen der Wochenarbeitszeit komme. Der Bereich Ferienspiele, der mit Honorarkräften realisiert werde, solle ebenso ausgenommen bleiben.*

II. Im **Haushaltssicherungskonzept** wird zu Ziffer 5, Seiten 6 und 7 samt Anlage folgende Änderungen beantragt:

1. **Kostenstelle 010102 Zentrale Verwaltung**, zweiter Spiegelstrich soll lauten: Überprüfung der Notwendigkeit der Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden und Erarbeitung einer Beschlussvorlage bis 31.08.2015.
2. **Kostenstelle 020301 Brandschutz** soll lauten: Die Überprüfung und Neuberechnung der Gebührensätze auf der Grundlage der Abschreibungswerte wird bis zum 30.06.2015 erfolgen und der Gemeindevertretung zur Beratung vorgelegt.
3. **Kostenstelle 040801 Schul- und Gemeindebücherei** ist zu streichen.
4. **Kostenstelle 100102 Liegenschaften (unbebaute und bebaute Grundstücke)**, 3. Spiegelstrich ist zu streichen.
5. **Kostenstelle 120102 Straßenbeleuchtung**, 1. Spiegelstrich ist zu streichen und die Erläuterungen zur Kostenstelle in der Anlage zum HaSiKo entsprechend anzupassen.

**Begründung:** Eine veränderte Nachtabschaltung ist im Zuge der durch die Umstellung erreichbaren Energiekosteneinsparungen entbehrlich. Außerdem zeigt eine solche Maßnahme gerade unter dem Aspekt „Sicherheitsgefühl der Bürger“ auch in unserer Gemeinde eine negative Wirkung.

6. **Kostenstelle 150201 Bürgerhäuser**, mit folgender Ergänzung: Eine Beratungsvorlage zur Gebührenanpassung erfolgt bis 30.03.2015.

**Begründung:** In der Anlage zum HaSiKo sind unter der betreffenden Kostenstelle mit der Erläuterung/Begründung Erhöhung der Benutzungsgebühren und Defizitverminderung in Höhe von 9.250,00 € aufgeführt, so dass eine Beratungsfolge eine entsprechende Konsequenz und Transparenz erkennbar macht.

7. **Kostenstelle 160101 Allgemeine Finanzwirtschaft** ist zu streichen.

**Begründung:** Die bisherigen und aktuellen Anpassungen, insbesondere im Bereich der Grundsteuerhebesätze und der Gewerbesteuer, lassen einen per Erlass geforderten ausgeglichenen Haushalt im Jahre 2017 als realistisches Ziel möglich werden.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) führte aus, dass seine Fraktion sich dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von FBW, FDP und SPD anschließen könne. Seiner Fraktion seien zwei Punkte jedoch wichtig, die er noch einmal erwähnen wolle. Seine Fraktion begrüße die Herausnahme der kürzeren Einschaltzeiten der Straßenbeleuchtung, da durch die Umstellung auf LED-Beleuchtung bereits Einsparvolumen erzielt werden könne, das aber geringer ausfallen werde, als der im Konsolidierungskonzept genannte Betrag von 20.000,00 €. Das Sicherheitsbedürfnis der Bürger könne man schwer mit Geld aufwiegen, so wäre eine kürzere Einschaltdauer der Beleuchtung für seine Fraktion nicht akzeptabel gewesen.

Die Aufnahme der Stellenbesetzungssperre begrüße seine Fraktion ebenfalls, so dass hier das Ergebnis der Organisationsuntersuchung abgewartet werden sollte.



Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) monierte den Zeitpunkt des von den drei Fraktionen eingebrachten Änderungsantrag. Es entfalle die Möglichkeit, die einzelnen Punkte im Ausschuss zu besprechen.

Herr Jürgen Rabenau (SPD) erklärte, dass die antragstellenden Fraktionen diese Punkte in weiteren Besprechungen nach der Ausschusssitzung erarbeitet hätten, so dass der Änderungsantrag erst in dieser Sitzung vorgestellt werden konnte.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten, Stellen-plan, Investitionsprogramm) sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes einschließlich der mit vorstehendem Antrag eingebrachten Änderungen bezüglich des Stellenplans und des Haushaltssicherungskonzeptes.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 2 Stimmenthaltungen

## **5. Anfragen**

Es lagen keine mündlichen und schriftlichen Anfragen vor.

## **6. Verschiedenes**

- a) Der Vorsitzende, Herr Kurt Barth, wies noch einmal auf die Veranstaltungen zum Thema Breitband am 04.02.2015 in Roth und am 11.02.2015 in Niederweimar hin.
- b) Die nächsten Sitzungstermine:
  - 23.02.2015 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport
  - 24.02.2015 Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz
  - 25.02.2015 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss
  - 05.03.2015 Gemeindevertretung

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin

Kurt Barth

Rita Rohrbach